

Bericht von der Veranstaltung „Verhältnis Schweiz – EU“

31. März 2019 an der Universität Luzern

Autor: Eduard Fueter, Stiftungsrat der Stiftung Freiheit & Verantwortung

Gut 200 Personen nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand über das Verhältnis „Schweiz – EU“, insbesondere aktuell auch zum Rahmenabkommen, zu informieren. Und sie wurden nicht enttäuscht.

In seinem Impulsreferat meinte alt Bundesrat Christoph Blocher:

Das ist kein neues Thema, es ist über 700 Jahre alt. Die Schweiz ist ein souveräner Staat bevor gewisse Staaten in Europa ein Staat gewesen sind. Die Schweiz hat von Anfang an grossen Wert auf ihre Souveränität gelegt. Schon Friedrich Schiller hielt im Tell fest: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“. Wir wollen kein fremdes Recht und keine fremden Richter. Auch die Gründer der Bundesverfassung von 1848 wollten dies nicht. Ausländische Mächte sollen nicht der Meinung sein, dass der Bundesbrief nicht mehr gelte; die Schweiz wird sich verteidigen und zwar ihre Unabhängigkeit. Eine Verfassung, die so lange gehalten hat, ist mindestens ein Indiz dafür, dass sie so schlecht nicht sein kann.

Aber mit dem Mauerfall 1989 kam eine Zäsur: Man war der Meinung, es brauche keine Grenzen mehr. Die führenden Kreise der Wirtschaft, der Parteien sowie der Bundesrat befürworteten 1992, in den EWR einzutreten, der „Vorhof“ zum EU-Beitritt. Das Volk und die Kantone aber waren dagegen – bei einer Stimmbeteiligung von knapp 80 % –, und sagten, wir bleiben selbständig und wollen nicht das EU-Recht übernehmen, ohne dass wir darüber bestimmen können. Die Gegner des Neins (grosse Wirtschaftsverbände und Unternehmen) liessen verlauten, die Schweiz werde keine Chancen haben. Der damalige Staatssekretär Blankart hielt Vorträge und sagte, wenn die Schweiz Nein sagt, wird sie in 5 Jahren völlig verarmt sein; und in Brüssel auf den Knien bitten, dass sie aufgenommen wird, aber ob sie dann noch aufgenommen wird, als so armer Staat, das weiss man nicht.

Aber, wenn man heute schaut, darf man feststellen, dass es der Schweiz nicht weniger schlecht geht als den anderen Staaten: Wir haben eine Zuwanderung wie kein anderer Staat. Aber die führenden Kreise akzeptierten das Nein nicht und setzten auf bilaterale Verhandlungen. Nur, der Bundesrat verhandelte mit der EU mit dem Hintergedanken eines späteren Beitritts. Also das Gegenteil, was das Volk wollte. Die Verträge sind ausser zur Personenfreizügigkeit eher unproblematisch.

Wie soll das Verhältnis Schweiz – EU sein? Es ist doch einfach: Das Verhältnis der Schweiz zu andern Staaten ist freundschaftlich, wirtschaftlich, auf der Grundlage der Neutralität, ganz wichtig für den Kleinstaat, direktdemokratisch; und das gilt eben auch bezüglich der EU. Der EU hat es nie gefallen, dass die Schweiz nicht Mitglied ist. Der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte ehrlich an der Universität Zürich 1992: „Wir hätten es eben gerne, wenn Sie kämen, einer mehr, der zahlt, wir haben wenige ... und erst noch ein Staat, der deutsch spricht“.

Die EU drängte aber immer darauf, einen sog. institutionellen Rahmenvertrag abzuschliessen; d.h., die EU begann, sich in die Institutionen der Schweiz einzumischen, also ins Regierungssystem, ins Rechtssetzungssystem, ins Rechtssprechungssystem, usw. Leider aber zog der Bundesrat nicht rechtzeitig die Bremse und erklärte, wir schliessen mit der EU schon Verträge ab, aber wo

die Grenze ist, bestimmen wir selber. Deshalb ist später ein Rahmvertrag entstanden, wo man grosse Teile übernehmen muss von der EU, und er ist ein verbindlicher Vertrag, bei dem am Schluss der EuGH entscheidet. Das dürfen wir nicht unterschreiben. Dieser Vertrag führt uns am Schluss in die Europäische Union.

Wenn man will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, dann muss man klar Nein sagen; dann haben wir ein gutes Verhältnis mit der EU, freundschaftlich wie vor 100 Jahren auch. Und wir bleiben uns selber, und der Schweiz geht es besser.

Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, stellte dem Narrativen ökonomische Fakten gegenüber.

Es gilt, was der Neuenburger Politphilosoph Denis de Rougemont einmal schrieb: „Die Anfänge der Eidgenossenschaft ohne Tell darzustellen, ist heute ein Gebot der historischen Redlichkeit. Doch man kann den weiteren Verlauf der Schweizer Geschichte und das Schweizer Volk selbst nicht verstehen, ohne den Tell der Sage zu berücksichtigen“.

Wohlhabend hat uns gemacht nicht die Legende vom Unabhängigkeits-Kampf um den Wilhelm Tell; wohlhabend hat uns gemacht die konsequente Internationalisierung von Wirtschaftstätigkeit. Venedig 1766 war z.B. fest in Bündner Hand, die Mehrzahl der Confisierungen waren Bündner aus dem Puschlav.

Selbst die Agrarpolitik, die uns einen zweistelligen Milliardenbetrag kostet, ist Vorreiterin der Internationalisierung mit Käseexport. Die Schweiz war eine Vorreiterin der Globalisierungswelle seit 1848; wir sind heute eines der stärksten globalisierten Länder. Wir haben eine Auslandsquote von ca. 93 %; 2/3 unserer KMUs sind international tätig. Wir haben das grösste Globalisierungswachstum pro Kopf einkommensmässig.

Ja, Brüssel produziert eine Unmenge von Bürokratie, Vorschriften (gekrümmte Gurken, gekrümmte Bananen usw.). Aber auch wir in Bundesbern haben unendlich viel Bürokratie; z. B. 4'000 Seiten Regulierungstexte im Agrarbereich. Die Folgen sind bekannt, unsere Landwirtschaft ist die am meisten subventionierte in der Welt. Aber die Erneuerungsquote z. B. von unserem Unternehmertum ist unterdurchschnittlich. Um eine Bewilligung zu erhalten, dauert es in den Niederlanden 4 Tage, bei uns 10 Tage. 10 Milliarden kosten uns allein nach einer konservativen Schätzung des Bundesrats die hausgemachten Regulierungen. Liberale Arbeitsmärkte werden durch die flankierenden Massnahmen immer mehr eingeschränkt; 7mal verschärft seit 2002. Wir haben eine eigentliche „Vergewerkschaftung“ unseres eigentlich liberalen Arbeitsmarktes. Wir sind das wettbewerbsfähigste Land der Welt. Wir stellen uns dem Wettbewerb: Wir gehen in neue Märkte, schliessen neue Freihandelsabkommen. Wer stellt sich dagegen: Diejenigen, die den Wettbewerb fürchten. Die Landwirtschaftslobby: 0,7 % der Wertschöpfung, Staatsbetriebe, die um ihre Staatsgarantie fürchten. Die Schweiz besteht aus Wettbewerb.

Auf die EU können wir getrost verzichten. Geschäfte machen wir nicht mit der Brüsseler Kommission; Geschäfte machen wir mit den Baden-Württemberger Unternehmer, sie sind wichtiger als China, Tirol ist gleich wichtig wie Kanada. Elsass ist nicht wegen des hervorragenden Weissweins und der hervorragenden Gänseleber wichtiger als Indien und Brasilien zusammen. Das Pro-Kopf-Wachstum der Schweiz ist seit Einführung der bilateralen Verträge signifikant gestiegen. Wenn wir die EU nicht hätten, müssten wir 5,3mal gleiche Geschäfte machen mit den USA oder 6,6mal mit den Chinesen. Über 50 % unserer Exporte gehen in die EU-Länder. Die Region Zürich ist der grösste ökonomische Nutzniesser vom EU-Binnenmarkt. Kein anderes Land hat so viele ökonomische Vorteile; zum Glück sind wir politisch draussen. Aber wirtschaftlich müssen wir mit ihnen zusammenarbeiten, wenn wir gutes Geld verdienen wollen, wenn wir unsern Wohlstand behalten wollen. Die EU ist also unser „Heimmarkt“ vor unserer Haustür.

Personenfreizügigkeit: Seit Einführung der Bilateralen haben wir 200'000 Arbeitsplätze neu geschaffen. 1/5 aller Beschäftigten profitieren vom Zugang in den europäischen Markt. Wir haben keinen Druck auf das Lohnniveau; das sind komplementäre Leute, die wir hier nicht finden; wir haben zu wenig Fachkräfte. 70 % aller Unternehmen sagen, dass die PFZ für sie bedeutend ist, um gute Geschäfte zu machen. Die flankierenden Massnahmen, bei den die Gewerkschaften so ausgerufen haben, betrifft 0,7 % aller Beschäftigten in diesem Land; das ist etwa so viel wie die SBB beschäftigen.

Wir können den bilateralen Weg auch ohne den Rahmenvertrag beschreiten – können wir machen; wir sind souverän. Wenn wir es nicht tun, dann schätzt die Medizinaltechnikbranche einen Umsatzverlust von ca. einer Milliarde; wir würden vom Forschungsprogramm „Horizon 2020“ abgekoppelt. Wir haben momentan kein Schiedsgericht, das hätten wir mit einem Rahmenvertrag. Auch die Befürchtung, dass der EuGH einseitig zugunsten der EU auslegen wird, ist unbegründet, das zeigt die Analyse von Ländern, die mit der EU streiten.

Zum Schluss: Keine künstlichen Grenzen hochziehen, stellen wir uns weiter dem Wettbewerb; bewahren wir unsere Tradition der Internationalisierung, auch der Wirtschaftstätigkeit. Haben wir den Mut, einen Schritt weiter zu machen.

Ruedi Noser, Ständerat Kt. Zürich, FDP: Ich möchte kurz zwei, drei ganz einfache Punkte festhalten.

1. Punkt: Die EU will mit uns gar keinen Vertrag, um es klar zu sagen; die Schweiz will einen Vertrag. Wir wollen die 500 Millionen Personen in der EU beliefern, und zwar zu gleichen Bedingungen wie das Baden-Württemberg kann. Also sagt die EU, wenn wir die gleichen Bedingungen wie BW wollen, dann müssen wir uns auch an die gleichen Regeln halten. Die EU hat kein Problem, wenn die Schweiz mit ihr keinen Vertrag abschliesst.

2. Punkt: Viele Schweizer wissen nicht mehr, woher unser Wohlstand kommt. Christoph Blocher und ich haben etwas gemeinsam: Wir haben ein Unternehmen aufgebaut. Ich habe eine Firma mit 500 Leuten; ich zahle jeden Monat 500 Personen den Lohn; das führt dazu, dass 500 Personen Wohlstand haben. Der Lohn wird von etwa 30 Kunden bezahlt; 10 Kunden aus der Schweiz, 10 aus der EU, und 10 aus dem Rest der Welt, die meisten davon aus Amerika. Wenn ich ein amerikanischer Kunde weniger habe, habe ich weniger Wohlstand; wenn ich einen europäischen Kunden weniger habe, habe ich weniger Wohlstand. Als 2015 die Nationalbank den Wechselkurs aufhob, erhielt ich innert 2 Tagen von 2 grossen deutschen Kunden die Kündigung. Selbstverständlich, 3 – 4 Monate konnte ich die Kunden wieder aufbauen, aber während dieser 4 – 5 Monaten hatten 60 Leute bei mir keine Arbeit. Das ist Wohlstand – und der hängt grösstenteils von der internationalen Zusammenarbeit ab.

Was ist der Rahmenvertrag? Er ist gar nicht so kompliziert, wie es Christoph Blocher dargelegt hat. Der Vertrag ist nichts anderes als eine Regel, wie die Schweiz und die EU in Zukunft miteinander die Probleme lösen. Heute haben wir keine Regeln. Niemand weiss, ob die Börsen-Äquivalenz im Juli 2019 noch gilt oder nicht; kein Mensch weiss, ob das Forschungsabkommen abgeschlossen werden kann oder nicht; niemand weiss, ob wir unsere technischen Produkte EU-kompatibel in die EU liefern können oder nicht. Mit dem Rahmenabkommen gibt es klare Regeln, und diese Regeln sind auch zugunsten der Schweiz. Als jemand, der in der Wirtschaft Verträge und Abkommen einhalten muss, bin ich klar der Ansicht, klare Regeln helfen, dass man miteinander zusammenarbeiten kann gegenüber unklaren Regeln.

Und darum bin ich der Meinung, dass der Bundesrat gut daran täte, diesen Rahmenvertrag jetzt mit einem „Ja“ – von mir aus mit einem „Ja, aber“ –, aber mit einem „Ja“ in den Prozess zu geben. Ich glaube, wir in der Schweiz, unsere Angestellten in der Schweiz, die im internationalen Geschäft tätig sind, wären sehr dankbar dafür.

Nach diesen Impulsreferaten leitete Thomas Bornhauser, früherer Chefredaktor der „Luzerner Zeitung“, über zur Podiumsdiskussion. Sie verlief erfrischend kontrovers, manchmal auch emotional. Er fragte zunächst, ob die 50 % unserer Exporte, die in die EU gehen, punktuell gefährdet sein könnten.

Christoph Blocher meinte in seiner Antwort, wir verkaufen, weil wir gute Produkte anbieten können und die besseren Rahmenbedingungen als viele andere Länder haben. Er höre zum ersten Mal, dass die Schweiz ein Abkommen wolle. Die EU will ja auch mit der Schweiz Geschäfte machen; sie exportiert mehr in die Schweiz als sie von ihr importiert.

Ruedi Noser erklärte, dass die EU keine weiteren bilaterale Verträge mehr mit der Schweiz möchte. Wir haben ca. 2 Mio. Personen aus dem EU-Raum, die in der Schweiz leben und arbeiten, und umgekehrt etwa 1 Mio. Schweizer, die im EU-Raum leben.

Sein Unternehmen als Beispiel beschäftigt etwa 100 Mitarbeiter in der EU. Er will aber weiterhin seine Leute in der Schweiz haben, ebenso die Lehrlinge hier ausbilden und auch hier Steuern zahlen: „Ich will aus der Schweiz in die EU liefern!“

Peter Grünenfelder meinte: In absehbarer Zeit wird der grösste Teil unserer Exporte in die EU-Regionen, wie Baden-Württemberg, Vorarlberg usw. gehen; auch wenn in der letzten Zeit das Wachstum sich abgeschwächt hat, und andere Regionen der Welt ebenso attraktiv geworden sind.

Franz Grüter, Nationalrat, SVP LU, wies darauf hin, dass immer mehr global tätige Firmen sich für die Schweiz entschieden, weil sie hier stabile und sichere Verhältnisse vorfinden, und einen Gesetzgeber haben, der als verlässlich betrachtet wird.

„Die EU will das Abkommen“, meinte er, damit das EU-Recht letztlich auch in der Schweiz gilt, und das europäische Gericht (EuGH) verbindlich entscheidet – auch bei Volksabstimmungen. Bisher haben wir mit der EU auf Augenhöhe gleichberechtigt verhandelt. Mit einem Rahmenabkommen verlieren wir unsere Unabhängigkeit. Wir sollten unsere Eigenständigkeit höher gewichten als die wirtschaftlichen Überlegungen.

Peter Grünenfelder betonte, dass das InstA die beste Garantie gegen einen EU-Beitritt auf längere Frist ist.

Peter Ruch, Stiftungsrat der organisierenden Stiftung Freiheit & Verantwortung, dankte zum Schluss den Referenten, aber auch Thomas Bornhauser für seine kompetente Diskussionsleitung. Es habe ihn beeindruckt, wie engagiert und konzis, aber auch emotional der Schlagabtausch geführt wurde. Anschliessend lud er alle zum verdienten Apéro ein. Und auch dort wurde weiter angeregt diskutiert.